

Politiker stimmen höherem Windrad zu

Ausschuss ohne Alternative / CDU sieht in der „aufgezwungenen Entscheidung eine Niederlage“

VON HOLGER KOSBAB

■ **Paderborn. So viel Wind weht der Politik nicht oft um die Ohren. Letztlich mussten die Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses – auch wenn sie es gerne vermeiden hätten – dem Bau einer 186 Meter hohen Windkraftanlage in Dahl zustimmen. CDU-Fraktionschef Markus Mertens sprach von einer „politischen Niederlage“ und einer „aufgezwungenen Entscheidung“. Indem zugleich der Flächennutzungsplan geändert wird, erhalte sich Paderborn jedoch die Chance zur Steuerung der Anlagen im Stadtgebiet.**

„Wir streben weiter an, die Aufstellung von Windkraftanlagen im gesamten Stadtgebiet zu steuern“, sagte Andre Unland von der Kanzlei Baumeister, der die Stadt Paderborn berät. Daher habe die 125. Änderung des Flächennutzungsplans „oberste Priorität“, um der Stadt eine Grundlage zu geben, wie sie mit zukünftigen Anträgen zum Aufstellen einer Windkraftanlage umzugehen habe. Schließlich seien nach aktueller Rechtslage Anlagen im Außenbereich grundsätzlich „privilegiert und zulässig“. Da der bisher geltende Flächennutzungsplan hier keine Rechtssicherheit biete, müsse die Stadt hier nachbessern. Ohne dies beste-

he das Risiko, dass Paderborn sonst überhaupt keine Konzentrationszonen habe.

Fachanwalt Unland fragte: Lohnt es sich, weiter um die 100 Meter Höhenunterschied zu kämpfen, wenn auf der anderen Seite ein vermutlich ungültiger Flächennutzungsplan mit überholten Konzentrationszonen und das Haftungsrisiko stehe. Die Begrenzung auf 100 Meter sei veraltet und das „Eisen viel zu heiß“.

Seit einem Jahr klagt ein Investor, der am Iggenhauser Weg in Dahl ein 186 Meter hohes Windrad aufstellen möchte. Mit der bisherigen Einschränkung von 100 Metern sei ein Betrieb nicht wirtschaftlich. Das Verfahren gegen den Kreis Paderborn als Genehmigungsbehörde – Paderborn muss jedoch ein „gemeindliches Einvernehmen“ geben – läuft derzeit beim Verwaltungsgericht Minden. Wie Unland sagte, hatte der Investor mögliche Schadensansprüche von einem für ihn positiven Beschluss der Paderborner Politik in der Sitzung am Donnerstag abhängig gemacht. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Betreiber vor Gericht – auch mit dem Hinweis auf die unzureichende 107. Änderung des Flächennutzungsplans – durchsetzt, sei hoch.

In einem komplizierten Verfahren seien die Politiker an Grenzen gestoßen, sagte Mertens (CDU). Ohne eine Ände-

rung der Pläne könne es sein, auch an anderen Stellen Anlagen zu bekommen. Es sei die Wahrheit: „Nehmt die eine Anlage, um die anderen zu verhindern.“ Mertens' Parteikollege Daniel Sieveke räumte „eine riesengroße Niederlage“ ein und sagte: Die Planungshoheit liege längst nicht mehr bei der Kommune, sondern bei den Gerichten. Man müsse alles tun, um von der Stadt finanziellen Schaden abzuwenden. Dominic Gundlach (FDP) treffe die Entscheidung „aus rein sachlicher Vernunft“. „Wir müssen alles dafür tun, dass der Haushalt allen Bürgern gegenüber zu verantworten ist. Schadenersatzansprüche würden nicht

riskiert. Zugleich werde mit dem Beschluss ein „Wildwuchs an Windkraftanlagen verhindert“.

SPD-Fraktionschef Franz-Josef Henze sprach von einem „noch überschaubaren Scherbenhaufen“ und fand es gut, dass die CDU umlenkte. Er habe schon früher gesagt, dass die Rechtslage keine andere Entscheidung zulasse, als die Aufhebung der Höhereinschränkung. Sonst seien – wie in Büren und Bad Wünnenberg – überall Windenergienlagen möglich. Nach der entstandenen Kluft zwischen Windkraftbefürwortern, Gegnern und der Politik müsse es nun einen „Schulterschluss“ geben und in Dahl Ruhe einkehren.

Auch für Andrea Molkenhain-Kessler (Grüne) sei die Höhenbegrenzung schon früher nicht tragbar gewesen. Die Stadt müsse sich an Rahmenbedingungen halten und könne nicht abwägen. Gehe die Klage durch, kippe der bisherige Flächennutzungsplan. Reinhard Borgmeier (DIP), der wie Hans Tegethoff (FBI) gegen die Höhenänderung stimmte, sagte, die Politik könne nicht die Augen davor verschließen, dass die Energiewende an Akzeptanzgrenzen stoße. Er fragte, ob die Stadt nicht noch weiter prüfen könne, wie die Anlage zu verhindern sei. Juristisch folge er der Bewertung, nicht aber politisch.



Experte: Rechtsanwalt Andre Unland berät die Stadt. FOTO: KOSBAB

„Ärgerliches Mahnmal“

■ Rund 60 Gegner der Dahler Windkraftanlage haben die Sitzung des Bauausschusses mitverfolgt. Wie die Sprecher Jürgen Baur, Franz-Dieter Cramer und Hans-Hermann Juergens mitteilen, seien sie enttäuscht: Der Dahler Fall habe sich zum politischen und juristischen Schlamassel entwickelt. Die Windanlagengegner kritisieren erneut das städtische Planungsamt, dem sie schon vorher Planungsversäumnisse vorgeworfen haben, die Thomas Jürgenschellert in der Sitzung zurückgewiesen

hatte. Die Stadt hätte die Pläne schon früher „rechtsicher“ überarbeiten müssen. Nun müssten die Dahler demnächst mit einem fast 190 Meter hohen Windturm in 860 Meter Entfernung leben. Als „ärgerliches Mahnmal für eine säumige Stadtplanung und kurzsichtige Kommunalpolitik“ sowie „für das ungebremste Gewinnstreben nimmersatter Investoren“. Zugleich ließen viele Politiker-Statements auf zukünftig mehr Bürgerbeteiligung hoffen.

(hko)